

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 65 November 2018

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

turbulente Zeiten für unsere baden-württembergische SPD. Ich kann gut verstehen, dass sich Leni Breymaier nach der Pattsituation beim Mitgliederentscheid zum Rückzug entschlossen hat – konsequent wie immer. Dass sie sich auch sofort aus der SPD-Spitze im Bund zurückzieht, finde ich sehr schade. Denn es schwächt die Baden-Württemberg-SPD weiter.

Nach dem intensiven Wettstreit um den Vorsitz und den entstandenen Verwundungen ist es nicht einfach, zum politischen Tagesgeschäft zurückzukommen. Zerstrittenheit darf nicht unser Aushängeschild sein. Insbesondere in den sozialen Netzwerken wurde viel „schmutzige Wäsche gewaschen“. Viel zu schnell werden heute hasserfüllte Botschaften hinausposaunt. Das bringt uns als SPD gewiss nicht aus der Krise.

Wer will denn eine Partei wählen, deren Mitglieder sich gegenseitig immer wieder in Frage stellen und einander die gute Überzeugung absprechen? Streit in der Sache ist wichtig für demokratische Meinungsbildung und für unsere Weiterentwicklung als Partei. Und natürlich muss darum gerungen werden, wer unsere Partei führen

soll. Das hat nach den spannenden Veranstaltungen zum Mitgliederentscheid nun seinen Platz auf dem Landesparteitag. Aber danach – egal wie es ausgeht – gilt es, zusammen zu stehen und sich in großer Geschlossenheit auf unsere politischen Aufgaben und Ziele zu konzentrieren.

Im Bundestag haben wir gerade einen Haushalt verabschiedet, der viele sozialdemokratische Vorhaben voranbringt. Wir investieren an allen Ecken und Enden in die Zukunft unseres Landes. In Kitas und Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau und in die Städtebauförderung. Wir entlasten Familien, verbessern die Rente und stärken die Pflege. Und all das ohne neue Schulden zu machen.

Nicht nur für die Landes-SPD gilt: Das Streben nach Erneuerung und eine selbstkritische Debatte sind gut und richtig. Dabei dürfen wir uns aber nicht in ewiger Selbstbeschäftigung verlieren. Noch dürfen wir unter den Scheffel stellen, was wir bisher geleistet haben und wofür wir uns weiter engagiert einsetzen.

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Versprochen — Gehalten

Das Sofortprogramm Pflege ist beschlossen. Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz verbessern wir die Rahmenbedingungen für die Pflege und in der stationären Altenpflege und sorgen dafür, dass ambulante Pflege auch durch die Krankenkassen ordentlich finanziert wird.

In den Krankenhäusern werden die Pflegepersonalkosten ab 2020 aus den Fallpauschalen herausgenommen und den Krankenhäusern direkt erstattet. Damit lösen wir die Pflege aus dem Wettbewerb der Krankenhäuser. Der Anreiz, Pflegekosten zu Lasten des Personals einzusparen, entfällt. Jede zusätzliche Pflegekraft und alle Tarifsteigerungen für Pflegekräfte werden zukünftig voll von den Krankenkassen übernommen.

Stationäre Pflegeheime erhalten 13.000 zusätzliche Fachkraftstellen. Einrichtungen können diese entweder durch Neuanstellungen oder durch Aufstockung vorhandener Teilzeitstellen besetzen. So wird die Personalsituation in den Heimen spürbar verbessert – das wurde mir bei einem Besuch im Alexanderstift in Schlierbach bestätigt. Dieses Mehr an Pflegefachkräften wird im Rahmen der Medizinischen Behandlungspflege durch die Krankenkassen finanziert. So werden die Bewohnerinnen und Bewohner in den Heimen nicht zusätzlich finanziell belastet.

Für die ambulante Pflege haben wir endlich die volle Anerkennung von Tarifen erreicht.

Künftig dürfen tarifbedingte Personalkostensteigerungen bei den Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen nicht mehr als unwirtschaftlich zurückgewiesen werden. Das ist eine wichtige Rückenstärkung für jene Pflegedienste, die ihr Personal gut bezahlen und sich an ordentlichen Tarifwerken orientieren – wie z.B. öffentliche und freigemeinnützige Anbieter. Diese Regelung hatten wir für Leistungen aus der Pflegeversicherung bereits vor vier Jahren erreicht, für Krankenkassenleistungen war sie überfällig.

Wer den Weg zu ärztlichen oder therapeutischen Behandlungen wegen Pflegebedürftigkeit oder einer Behinderung nicht mehr alleine meistern kann, bekommt den Krankentransport zukünftig ohne großen Aufwand genehmigt und von der Krankenversicherung bezahlt. Das ist gut für die vielen Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Auch das Pflegepersonal wird dadurch enorm von organisatorischem Aufwand entlastet.

Das Sofortprogramm hält, was es verspricht: Einen starken Auftakt für die Pflege in dieser Legislaturperiode mit vielen wegweisenden Verbesserungen. Es ist aber nur der erste Schritt. Wir machen weiter für noch mehr Verbesserungen für alle Bereiche in der Pflege, für Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen und für eine zukunftsfeste Pflege in Deutschland.

# Generationengerechte Rente

In die Reihe umgesetzter SPD-Kernanliegen gehört auch der Rentenpakt. Damit haben wir das Rentenniveau von 48% bis 2025 abgesichert. Ohne diese Anpassung der Rentenformel wäre es auf 43% abgesunken. Die Rentenbeiträge der Arbeitgeber und der Beschäftigten werden im selben Zeitraum nicht über 20 Prozent steigen. Dazu wird der Bund in den kommenden Jahren mit jährlich zwei Milliarden Euro eine Demografierücklage aufbauen, um die Beitragsobergrenze abzusichern. Die Renten werden künftig wieder gleichermaßen wie die Löhne steigen.

Wer aus gesundheitlichen Gründen, zum Beispiel wegen Unfall oder Krankheit, nicht mehr arbeiten kann, muss sich auf den Schutz der Solidargemeinschaft verlassen können. Darum wird es ab Januar 2019 weitere Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben. Die Zurechnungszeiten werden in einem ersten Schritt auf 65 und

acht Monate erhöht und dann nach und nach bis 2030 entsprechend der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben. Diese Verlängerung bringt höhere Ansprüche bei der Rente für Menschen, die nicht bis zum normalen Renteneintritt arbeiten können. Ab 2019 profitieren davon jährlich rund 170.000 Versicherte.

Außerdem zahlen Beschäftigte mit geringerem Einkommen zukünftig niedrigere Rentenbeiträge, ohne dass ihr Rentenanspruch geschmälert wird. Rund 3,5 Mio. Menschen, die bis zu 1.300 Euro monatlich verdienen, haben so künftig mehr Netto in der Tasche.

Die Stabilisierung und Sicherung der gesetzlichen Rente für die Beschäftigten ist ein ursocialdemokratisches Anliegen. Darum werden wir diesen Weg fortsetzen und weiter dafür streiten, das Rentenniveau auch über 2025 hinaus zu stabilisieren. Ich finde es richtig, dass Olaf Scholz dies als zentrales SPD-Ziel gesetzt hat.

## Der UN-Migrationspakt

Nach interessengeleiteten Fehlinformationen und Stimmungsmache gegen den UN-Migrationspakt sind nun leider auch Teile der Union sich nicht zu schade, das über lange Zeit verhandelte internationale Abkommen in Frage zu stellen. Die von rechts vorgebrachten Argumente beruhen auf falschen Behauptungen:

**Behauptung:** "Der Pakt öffnet unkontrollierter Einwanderung Tür und Tor"

**Fakt:** Ziel des Pakts ist im Gegenteil eine bessere Organisation statt unregelter Migration. Vereinbart werden dafür u.a. die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern, effektivere Zusammenarbeit gegen das Schlepperwesen und bei Grenzkontrollen und Schutz der Rechte von Migranten.

**Behauptung:** "Deutschlands nationale Souveränität wird beschnitten"

**Fakt:** Der Pakt ist rechtlich nicht bindend, bekräftigt aber wörtlich "das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen". Es müsste eigentlich allen klar sein, dass eine grenzüberschreitende Herausforderung nur gemeinschaftlich auf internationaler Ebene gelöst werden kann.

**Behauptung:** "Der Pakt schadet Deutschland"

**Fakt:** Es ist in deutschem Interesse, sich mit anderen Ländern über Standards im Umgang mit Flucht und Migration zu verständigen.

Alle Fakten gegen schlechte Argumente gibt es — > [hier](#)

# Unterwegs im Landkreis

Grandios war das Auftaktkonzert zur NWZ-AKTION Gute Taten: Unter dem Motto TOTAL LOKAL brachten die Musikerinnen und Musiker aus dem ganzen Landkreis unter der Leitung von Jogi Rothfuß die EWS-Arena zu Applausstürmen.



**Fulminant**



**Erfreulich**

Mit lobenden Worten zu den pfle-gepolitischen Weichenstellungen in Berlin wurde ich im Alexanderstift in Schlierbach empfangen. Geschäftsführerin Schröder und Pflegedienstleiter Rüger freuen sich über die zusätzliche halbe Fachkraftstelle und sind sicher, dass sie die besetzen können.

Die bundesweite Informationswoche der Inklusionsunternehmen habe ich genutzt, um mal wieder Pro Move in Heiningen zu besuchen, eine Tochter der Lebenshilfe Göppingen. Zehn der 23 Mitarbeitenden sind Menschen mit Behinderungen, die im Gravurbereich und anderen Produktionsbereichen arbeiten.



**Produktiv**





Das Deutsch-Koreanische Forum fand dieses Jahr im südkoreanischen Daejeon statt. Dort referierte ich zum deutschen System der dualen Berufsausbildung— und traf unter anderem eine Geislingerin, die jetzt in Seoul lebt, einen Azubi aus UHINGEN, den ich zur Teilnahme am Jugendforum eingeladen hatte, und einen Hannoveraner, der eine Koreanerin geheiratet hat.

## Termine - 23. November bis 14. Dezember 2018

Freitag, 23. November

SPD-Landesvorstandssitzung und Antragskommission  
Sindelfingen

Samstag, 24. November 10:00 Uhr

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg  
Sindelfingen

Montag, 26. bis Freitag, 30. November

Sitzungswoche in Berlin

Mittwoch, 05. Dezember

11:00 Uhr

Besuch der neuen Tagespflegeeinrichtung im Oberdorf  
UHINGEN

14:00 Uhr

Gespräch mit der Schulleitung der Uhlandgrundschule  
Göppingen

17:30 Uhr

Eröffnung der Beratungsstelle  
zur ergänzenden Teilhabeberatung (EUTB)  
Kreisverein Leben mit Behinderung Süßen

19:15 Uhr

Bericht aus Berlin

OV Süßen Kuchen Donzdorf Salach  
Restaurant Tugan VFR Sportheim Süßen

Donnerstag, 06. Dezember

18:00 Uhr

Nikolausständchen  
„Punsch und Premiere“  
Bürgerbüro Göppingen

Herzliche  
Einladung zur  
Filmpremiere von  
"Heike Baehrens.  
In Bewegung."

Montag, 10. Dezember bis Freitag, 14. Dezember

Sitzungswoche in Berlin

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)